Ausgabe für Groß-Berlin
Morgenblatt

10 Pfennig.

Deutsche Allgemeine Zeitung

Tägliche Rundschau

Donnerstag, 27. November 1924.

Chefredakteur: Professor Dr. Paul Lensch. Schriftleitung und Verlag Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 30–32. Fernsprecher Amt Rollendorf 4783–88, 5980–88. Postscheck Berlin Nr. 107 941. Die „DAZ" erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst zweimal täglich. Monatl. Bezugspreis 4,35 Gm. in Berlin durch Boten.

Bank-Conto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse Berlin SW. 68, Friedrichstraße 46. Bei unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0,40 Goldmark je 33 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen werden nach besonderem Tarif berechnet.

27. 11. m Nr. 559 10 Pfennig
63. Jahrgang.

Deutschlands Dank an Dr. Eckener.

Der Empfang beim Reichspräsidenten.

Zu Ehren des Führers des „Z. R. III", Dr. Eckener, fand, wie schon kurz berichtet, am Mittwoch beim Reichspräsidenten ein Frühstück statt, an dem außer Dr. Eckener u. a. die Reichsminister Dr. Geßler, Dr. Luther, Dr. Stresemann, Hamm und Graf Kanitz, Preußischer Staatsminister Dr. v. Richter, General v. Seeckt, Württembergischer Gesandter Dr. Boßler, Herr Krupp v. Bohlen, Professor Junckers-Dessau, Schiffsbauingenieur Flettner, sowie eine Reihe führender Vertreter der Industrie, der Gesandtschaften, der Finanzwelt, der Wissenschaft und der Presse teilnahmen. Während der Tafel hielt

der Reichspräsident

folgende Ansprache:

„Es ist mir eine lebhafte Freude, Ihnen, Herr Dr. Eckener, und Ihren Mitarbeitern nach Ihrer glücklich und erfolgreich vollendeten Fahrt und Ihrer Rückkehr in die Heimat den herzlichen Willkommensgruß des Deutschen Reiches hier zu entbieten. Mit diesem Gruß gebe ich zugleich dem bewundernden Danke des gesamten deutschen Volkes an Sie und die anderen kühnen Luftfahrer für Ihre großen Leistungen herzlichsten Ausdruck. Unser Dank umfaßt alle die Männer, die als Erbauer, Ingenieure und Arbeiter an dem so trefflich bewährten Luftschiff mit bester Kraft zusammengearbeitet haben.

Ihre Fahrt war begleitet von den besten Wünschen und den zuversichtlichen Hoffnungen des ganzen deutschen Volkes; nicht nur aus sportlichen Interessen und weil man sich begeisterte an dem Wagemut des Unternehmens und an der Kühnheit der Fahrt, jubelte man Ihnen und dem Luftschiff zu, sondern weil wir alle in diesem Werk und in dieser Fahrt einen Ausdruck des technischen Könnens Deutschlands, des trotz allem ungebrochenen deutschen Willens zur Selbstbehauptung und des stolzen Vertrauens unserer Nation in sich und ihre Zukunft sehen.

Diesem Gefühle der Deutschen haben Sie, haben die Mitarbeiter an Schiff und Fahrt durch das gute Gelingen verstärktes Leben gegeben; in der Welt aber haben Sie deutsche Arbeit und deutsches Können erneut zu Ehren gebracht und unserem Lande neue Sympathien errungen. So war der Bau dieses Schiffes und seine glückhafte Fahrt, trotzdem sie im Zeichen der Reparationsleistung stand, dennoch eine nationale Tat, für die wir Erbauer und Führer von Herzen Dank und Anerkennung darbringen. Ich bitte Sie, meine Herren, mit mir das Glas zu erheben auf den kühnen Kapitän Herrn Dr. Eckener und seine Kameraden, auf die Zeppelinwerft und alle ihre Mitarbeiter."

Auf die Ansprache des Reichspräsidenten antwortete

Dr. Eckener

mit folgenden Worten:

„Tief bewegt nehme ich die überaus herzlichen Begrüßungsworte, die Sie, Herr Reichspräsident, an mich und meine Kameraden gerichtet haben, entgegen. Ich habe von ganz Deutschland so viel Beweise der Sympathie und Anerkennung erfahren, daß ich nicht weiß, ob sie im Einklang stehen mit der bescheidenen Leistung, die wir vollbracht haben. Bei der ganzen Fahrt haben wir außerordentliches Glück gehabt. Erstens insofern, als wir beim deutschen Volke eine Anerkennung gefunden haben, auf die wir nicht rechnen durften. Weiter mit dem Wetter; nicht als ob es stets günstig war; ganz im Gegenteil, wir fanden schlechtes Wetter vor, aber es hat uns erlaubt, zu beweisen, was man mit unserem Luftschiff machen kann. Glück hatten wir ferner, als wir bei der Fahrt über New York ein Wetter vorfanden, das man am besten als „Theaterwetter" bezeichnen kann, und das unser Schiff sozusagen in bengalischer Beleuchtung vor strahlendem Himmel zeigte. Glück hatten wir schließlich darin, daß wir drüben in Amerika eine Situation und eine Stimmung vorfanden, die aus unserer rein technischen Angelegenheit eine politische machte.

Ich habe mir in Amerika erzählen lassen, daß sich in den Vereinigten Staaten eine psychologische Stimmung herausgebildet hat, die zeigt, daß das amerikanische Volk geneigt ist zu einer Wiederannäherung an uns und nur nach einem Anlaß suchte, um diesem Gefühl Ausdruck zu geben. Das amerikanische Volk hat mit Begeisterung die von uns hingestreckte Hand ergriffen und sich bereit erklärt, wieder gut Freund zu werden mit den Deutschen. Das ist der allgemeine Eindruck, den ich drüben gefunden habe in der Bevölkerung sowohl wie bei den Vertretern der amerikanischen Regierung. Ich darf meiner Genugtuung über diesen von uns unverdienten Erfolg Ausdruck geben, indem ich Sie bitte, mit mir das Glas zu erheben auf die guten Beziehungen zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Volke, die sich so erfreulich entwickelt haben; mögen sie weiter gestärkt werden und zu einer wirklichen Freundschaft beider Völker führen!"

Vor einer Einigung in der Arbeitslosenunterstützungsfrage.

kbg. **Wien**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Die Generaldebatte über das Budget im Budgetausschuß des Nationalrates konnte heute bereits abgeschlossen und die Spezialdebatte eröffnet werden. Die Abgeordneten und auch die Presse stehen dem neuen Finanzminister Dr. Ahrer freundlich gegenüber. Dieser kündigte seine Absicht an, den Uebergang zu den Goldbilanzen vielleicht schon im Januar 1925 zu ermöglichen.

Im Ausschuß für soziale Verwaltung ist zwischen dem zuständigen Minister und der Opposition über die Arbeitslosenunterstützung im wesentlichen eine Einigung erzielt worden. Der Gang der parlamentarischen Arbeiten zeigte ein unerwartet günstiges Tempo. Es hat den Anschein, daß die rechtzeitige Erledigung des Staatsvoranschlages noch im Dezember möglich sein wird.

e. **New York**, 26. 11. (Eigenbericht.) Die gemischte Kommission in Washington hat der Standard Oil Company ihre Forderung von 6 250 000 Dollar gegen Deutschland zugebilligt.

Aegyptens Note an den Völkerbund.

Ein Schlag ins Wasser.

d. **Genf**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Die Protestnote der ägyptischen Regierung an den Völkerbund wird wohl, worauf wir bereits hingewiesen haben, ohne praktische Auswirkung bleiben. Alle Welt weiß, daß die politische Seite der britischen Forderungen in keiner Weise mit einem Anspruch auf Sühne für das Attentat vereinbar sind und daß sie die Zerstörung des letzten Restes der Unabhängigkeit Aegyptens und des Sudans bedeuten. Aber Aegypten ist als Nichtmitglied des Völkerbundes nicht in der Lage, diesen zu einer Intervention anzurufen, ganz abgesehen von der praktischen Unmöglichkeit des Völkerbundes, gegen England einzuschreiten. Nur Mitgliederstaaten können den Völkerbund zu einer Intervention auffordern, und von den im Völkerbund vertretenen Mächten dürfte sich wohl keiner finden, der es wagte, für Aegypten die Beschützerrolle zu übernehmen. Außerdem stammt die Protestnote nicht einmal von der ägyptischen Regierung, sondern von dem ägyptischen Parlament, und für den Völkerbund sind nur die Regierungen maßgebend. Zudem ist ja in den Augen des Völkerbundes der Friede nicht bedroht, da Aegypten nicht imstande ist, sich irgendwie England zu widersetzen.

Die Tatsache, daß der Völkerbund keine „Handhabe" hat, in den Konflikt zwischen England und Aegypten einzugreifen, zeigt klar die völlige Machtlosigkeit dieser mit den größten Phrasen gegründeten Institution. Wenn der Völkerbund aus formalen Gründen in diesem eklatanten Falle, in dem von einer Großmacht vergewaltigtes Volk um Hilfe ruft und das mit tönenden Worten verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker für sich in Anspruch nimmt, nicht intervenieren kann, so beweist er damit, daß diejenigen recht behalten, die in ihm von Anfang an nur eine Einrichtung der „Sieger" gesehen haben.

Zur „Information".

Genf, 26. 11. (T. U.) Die am Mittwoch in Genf eingelaufene Note des ägyptischen Parlaments wird vom Völkerbundssekretariat den Mitgliedern des Bundes zur „Information" überreicht werden. Da die Note nicht von der neuen ägyptischen Regierung, sondern vom Parlament abgesandt ist, wird sie nach dem Völkerbundspakt nicht als „offizielle Note" angesehen werden. Auch eine eventuelle Note der ägyptischen Regierung würde nur dann dem Völkerbundsrat unterbreitet werden, wenn diese von einer dritten im Völkerbunde vertretenen Macht offiziell beim Völkerbundssekretariat eingereicht würde.

London, 26. 11. (W. T. B.) „Times" berichtet aus Kairo, Zaglul Pascha habe von der Terrasse seines Landhauses aus die dort versammelten Studenten aufgefordert, in die Hörsäle zurückzukehren und sich jeder Demonstration zu enthalten, andernfalls werde er gezwungen sein, die Führung der Partei niederzulegen.

London, 26. 11. (T. U.) Reuter erfährt aus Riga, daß die dritte Internationale an ihre „Genossen" in Aegypten und im Sudan ein Schreiben gerichtet habe, worin sie auffordert, den Kampf gegen den englischen Imperialismus fortzusetzen.

Die französische Presse an England.

sf. **Paris**, 26. 11. (Eigenbericht.)

In der englisch-ägyptischen Frage verweist die nationalistische Presse gewissermaßen demütig auf die patriotische Haltung der englischen Opposition. Die französische Rechtspresse verlangt von der Regierung immer dringender, sich an die Verträge von 1882 und 1904 zu halten, d. h. Aegypten und den Sudan England zu überlassen und sich auf Marokko zu beschränken, das die genannten Verträge als Kompensation Frankreich überlassen haben. „Information" fügt heute abend noch Damaskus und den Rhein hinzu. „Echo de Paris" glaubt bereits, daß die Regierung sich an den Vertrag von 1904 halten werde, würde aber dringend wünschen, daß die Presse des Linkskartells die englische Haltung befolge und nicht den Völkerbund anrufe. Zu Mittag hat „Information" freilich selbst noch an Korfu erinnert. „Intransigeant" ärgert sich, daß ein gewesener Minister (der Name Jouvenel wird nicht genannt) samt einem Teil der Linkspresse England nach Genf verweise. Das geschehe natürlich nicht, um England zu verletzen, sondern um den Völkerbund zu retten. „Eclair" möchte dagegen den Völkerbund möglichst früh sterben sehen und hofft außer auf Baldwin und Chamberlain noch auf die Minister Hicks und Wood. Der Meinung dieses Blattes entsprechen natürlich die bekannten Darlegungen des englischen Obersten Repington am besten.

Weitere englische Truppen nach Aegypten.

mrk. **London**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Reuter meldet, die ägyptischen Sudantruppen hätten vom stellvertretenden Sirdar den Befehl zur Räumung des Sudans erhalten. Drei Bataillone seien bereits abtransportiert worden. Der heutige Kabinettsrat beschäftigte sich wieder mit der Lage in Aegypten. Nach Meldungen aus Kairo marschierten heute morgen wieder britische Truppen mit aufgepflanztem Bajonett durch die einheimischen und Europaerviertel. Das Elstant-Regiment traf, von Gibraltar kommend, in Kairo ein. Die vermißten zwei britischen Matrosen wurden noch immer nicht aufgefunden. Es wird vermutet, daß sie gewaltsam festgehalten werden. Hiesige offiziöse Kreise sind über die kritischen Auslassungen der Pariser Presse sehr verstimmt. Man versucht, ihre Wirkung mit dem Hinweis abzuschwächen, daß diese Kommentare nicht durchweg von der französischen Regierung unterstützt werden und darauf festzustellen zu müssen, die französische Regierung, falls sich ähnliches in Marokko ereignet hätte, nicht anders gehandelt haben würde. Heute ging ein Truppendampfer mit 160 Offizieren von Plymouth mit Bestimmung Aegypten ab. Der Dampfer wird in Gibraltar weitere Truppen aufnehmen.

Wünsche der Italiener.

Unterredung mit einem Wirtschaftsführer.

fr. **Mailand**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Der Abgeordnete Benni, Präsident des Reichsverbandes der italienischen Industrie, gewährte mir eine Unterredung, in der er auf meine Frage über die Wünsche der italienischen Industrie, besonders der Exportindustrie, zum Handelsvertrag mit Deutschland folgende Antwort erteilte:

„Die Frage ist an sich von großer Bedeutung im gegenwärtigen Augenblick, aber es ist nicht möglich, sie erschöpfend zu behandeln, ohne in technische Einzelheiten einzutreten, die sich für die Veröffentlichung in einer Tageszeitung nicht recht eignen.

Die deutsch-italienischen Wirtschaftsbeziehungen sind von großer Bedeutung für beide Länder, und es ist daher nötig, daß von der einen wie von der anderen Seite die größtmöglichen Anstrengungen gemacht werden, um zu einem guten Ergebnis bei den kommenden Handelsvertragsverhandlungen zu kommen. Vor allem muß man sich in Deutschland darüber Rechenschaft ablegen, welche Veränderungen in der italienischen Wirtschaft in den letzten 20 Jahren vor sich gegangen sind, und welche bemerkenswerte Bedeutung die Industrie erlangt hat. Zahlreiche Industriezweige exportieren jetzt in erheblichem Ausmaß auf den ausländischen Markt, Deutschland eingeschlossen, und diese haben daher ein Interesse daran, ebenso wie die italienische Landwirtschaft, für ihre typischen Erzeugnisse eine Zollbehandlung zu erfahren, die den Anforderungen der Billigkeit entspricht. Von einer solchen Zollbehandlung bildet die Aufhebung der Einfuhrverbote einen integrierenden Teil. Denn würden diese beibehalten werden, so würde damit jegliche andere Zollvergünstigung illusorisch gemacht werden, die etwa durch den kommenden Vertrag gewährt werden könnte."

Zu den deutsch-französischen Verhandlungen.

Die französische Presse erregt sich darüber, daß zu den Handelsvertragsverhandlungen in Paris die deutschen Sachverständigen nicht rechtzeitig eintrafen. **Es wird von Sabotage gesprochen, und es wird die Anschuldigung erhoben, als ob die Regierung hinter diesen Industriellen stecke, als ob also die Regierung die Sabotage gewollt habe.** Diese Vorwürfe sind völlig unbegründet und die erhobenen Anschuldigungen sind vollkommen falsch. Die Regierung hat, soweit sie dazu in der Lage war, alles getan, um die pünktliche Ankunft in Paris zu sichern, und sie hatte an die Sachverständigen die Bitte gerichtet, so rasch wie möglich abzureisen. Daß die in Paris erhobenen Beschuldigungen völlig unhaltbar sind, geht aus folgenden Feststellungen, die wir gemacht haben, hervor:

Das Telegramm, das die Sachverständigen nach Paris berief, traf in der Nacht von Sonnabend auf Sonntag in Berlin ein. In ihm wurde die Anwesenheit der Sachverständigen bereits für Montag nachmittag 4 Uhr in Paris gewünscht. Diesem Wunsche nachzukommen, war nur den Sachverständigen der Eisen verarbeitenden Industrie möglich, denn diese haben ihren Sitz in Berlin. Die Nachricht erreichte sie sofort und trotz der außerordentlich kurzen ihnen gelassenen Frist waren sie pünktlich zur Stelle. Bei den Sachverständigen der Eisen schaffenden Industrie dagegen war das gleiche gar nicht zu erreichen, weil sie ihren Sitz außerhalb Berlins haben. Sie konnten mit der gewünschten Schnelligkeit nicht benachrichtigt werden. Das Telegramm aus Berlin, das die Aufforderung überbrachte, sich nach Paris zu begeben, hat sie am Sonntag zum Teil gar nicht mehr erreicht, zum Teil waren sie durch wichtige Aufsichtsratssitzungen, die für die nächsten Tage angesetzt waren, verhindert. Wenn in der französischen Presse darauf hingewiesen wird, daß die französischen Sachverständigen pünktlich zur Stelle waren, so wird damit Unvergleichbares verglichen. Die französischen Sachverständigen konnten in der Tat pünktlich sein, da sie ihren Sitz entweder überhaupt am Verhandlungsort haben oder die Entfernung bis zum Verhandlungsort für sie keine Rolle spielt und sie nicht erst auf Umwegen eingeladen zu werden brauchten.

Guter Verlauf der englisch-deutschen Verhandlungen.

mrk. **London**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Die deutsch-englischen Handelsvertragsverhandlungen nehmen einen befriedigenden Verlauf und dürften im Laufe der Woche zum Abschluß kommen. Ueber die wichtigsten Punkte besteht Uebereinstimmung. Meinungsverschiedenheiten sind noch über die zättische Verhandlung der 26prozentigen Abgabe vorhanden.

Inkrafttreten des deutsch-schweizerischen Abkommens am 10. Dezember.

W. T. B. meldet:

Das deutsch-schweizerische Abkommen über die Einfuhrbeschränkungen ist von der Reichsregierung und von der schweizerischen Regierung genehmigt worden. Im Auswärtigen Amt hat daraufhin heute zwischen dem Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, und dem schweizerischen Gesandten Dr. Ruesenacht ein Notenaustausch stattgefunden, demzufolge das Abkommen nach Ablauf der darin vorgesehenen Frist von zwei Wochen, also am 10. Dezember 1924, in Kraft tritt.

Gilbert erstattet Bericht.

Paris, 26. 11. (W. T. B.)

Der Dienstag in Paris eingetroffene Generalagent für die Reparationszahlungen, Parker Gilbert, wird am Freitag der Reparationskommission in ihrer Tagung Bericht über seine Tätigkeit in Berlin erstatten. Dadurch wird die Mittwoch vormittag vom „Temps" verbreitete Nachricht, Gilbert wolle die Reparationskommission davon in Kenntnis setzen, daß die deutschen Steuern niedriger seien als die in den alliierten Ländern, dementiert.

Moskaus Stellung zu England.

Negative Antwort wahrscheinlich.

Moskau, 26. 11. (O. E.)

Am Dienstag ist der Text der englischen Noten hier veröffentlicht worden. Im Rat der Volkskommissare wird über die Antwort der Sowjetregierung beraten, die spätestens am 27. November abgeschickt werden soll. Nach den Kommentaren der Sowjetpresse und ihren Mitteilungen über den Standpunkt der Regierung wird mit einer Zurückweisung gerechnet.

Moskau, 26. 11. (Russ. Telegr.-Agentur.) Die ganze Moskauer Presse widmet ihre Leitartikel den englischen Noten. „Iswestija" schreibt: Alle drei Dokumente sind miteinander eng verbunden und charakteristisch für den Standpunkt, den die englische konservative Regierung gegenüber der Sowjetunion einzunehmen die Absicht hat. Indem die konservative Regierung den von Mac Donald unterzeichneten Vertrag ablehnt, ist sie doch gewillt, einen neuen Vertrag zu schließen, der aber mehr als der erste die Befriedigung der Ansprüche der britischen Kapitalisten in Rußland sichert. Um sich eine günstige Position bei den eventuellen neuen Vertragsverhandlungen zu schaffen, hält es die englische Regierung für notwendig, auf die Sowjetregierung einen Druck auszuüben. Dazu dient die zweite Note Chamberlains. Chamberlain erkennt die Echtheit des Sinowjewbriefes an, ohne sich dabei auf irgendwelche Beweise zu stützen. Die Wiederholungen Chamberlains über die Verbindung der kommunistischen Internationale (Komintern) mit der Sowjetregierung halten keine Kritik aus. Wir haben öfters erklärt, daß man zwei vollkommen verschiedene Institutionen, die nichts Gemeinsames in ihren Zielen, ihren Aufgaben und ihrer Arbeit haben, nicht verwechseln kann. Deshalb sind wir im Recht, die Note nicht nur als einen Versuch, die Sowjetregierung zu Zugeständnissen bei den neuen Verhandlungen zu zwingen, anzusehen, sondern auch als eine große Herausforderung. Wir sehen die Sache ruhig und gefaßt an.

Die Zeitung berührt die Frage der Wiederherstellung normaler Verhältnisse zwischen beiden Staaten und sagt: Wir haben unsererseits alles getan, um dieses Ziel zu erlangen. Wir wissen, daß die Mehrheit der britischen Nation für eine Verständigung der Sowjetunion mit England ist. Wir wollen eine vernünftige Verständigung; man soll sich aber nicht einbilden, durch Drohungen uns Zugeständnisse zu entreißen, für die die Sowjetregierung vor dem Lande verantwortlich ist und auf die sie niemals eingehen wird.

Abbruch der südamerikanischen Schiffahrtsverhandlungen.

mrk. **London**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Der Abbruch der südamerikanischen Schiffahrtsverhandlungen in Berlin hat in Shipping-Kreisen einiges Aufsehen erregt. Der Abbruch wird hier den weitgehenden Forderungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften zugeschrieben. Der Schiffahrtskorrespondent der „Times" stellt fest, daß den Forderungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften hartnäckiger Widerstand entgegen gebracht werde.

Wir glauben zu wissen, daß der Sachverhalt im genauen Gegensatz zu den englischen Veröffentlichungen steht. Soweit wir unterrichtet sind, war der Abbruch der Verhandlungen nicht durch die Forderungen der deutschen Schiffahrtsgesellschaften, sondern durch die der englischen Linien veranlaßt.

e. **New York**, 26. 11. (Eigenbericht.) Das Schlachtschiff „Washington" ist am Dienstag vormittag vor Virginia Cape unerwartet gesunken, bevor die weitere beabsichtigte Beschießung aus Flugzeugen und aus den großen Geschützen des Schlachtschiffes „Texas" stattfinden konnte.

Personal- und Organisationsfragen der Reichsbahn.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hielt vom 20. bis 25. November Ausschuß- und Plenarsitzungen im Gebäude der Deutschen Reichsbahn ab. Im Vordergrund der Erörterungen standen: Personal-, Finanz-, Tarif- und Organisationsfragen.

Den von der Verwaltung vorgeschlagenen Gehalts- und Lohnerhöhungen wurde zugestimmt. Die Erhöhung der Bezüge für Arbeiter und Beamte der Gruppen I–VI tritt rückwirkend mit dem 16. November in Kraft. Insgesamt beträgt die Belastung der Reichsbahn durch die Gehalts- und Lohnerhöhungen über 125 Mill. Mark im Jahre. Die neue Personalordnung wurde genehmigt.

Die Finanzwirtschaft der Reichsbahn für das nächste Geschäftsjahr wurde an Hand der vorgelegten Unterlagen einer genauen Prüfung durch den Verwaltungsrat unterzogen. Die Aufstellung eines Haushaltes im bisherigen Sinne kommt nach der Umstellung der Reichsbahn nicht mehr in Frage.

Die Sicherung des Dienstes der Reparationsschuldverschreibungen muß mit Rücksicht auf die sonst dem Unternehmen, der Wirtschaft und dem Personal drohenden Schwierigkeiten die erste Aufgabe der Verwaltung sein. Ihre Erfüllung ist nur möglich, wenn die Reichsbahn finanziell auf das vorsichtigste verwaltet wird. Dies bestimmt die Tarif-, Personal- und Beschaffungspolitik der Gesellschaft.

Von Organisationsfragen wurde die Neuordnung der Werkstätten und des Beschaffungswesens behandelt und in ihren Grundzügen festgelegt.

Die Verwaltung rechnet für das Jahr 1925 mit einem durchschnittlichen Personalbestand von 777 000 Köpfen; die Kopfzahl belief sich im Jahre 1913 auf 693 000, wobei die abgetretenen Strecken dabei nicht berücksichtigt sind. Während im Jahre 1913 die Ausgaben für Personal etwa 50 Prozent der Gesamtbetriebsausgaben ausmachten, werden diese für das Geschäftsjahr 1925 auf 62 Prozent geschätzt.

Es wurde vom Verwaltungsrat zur Kenntnis genommen, daß Staatssekretär Vogt mit der Vertretung der preußischen Interessen in der Reichsbahn beauftragt worden ist.

General v. Nathusius auf freiem Fuß.

Wieder in Deutschland.

Paris, 26. 11. (W. T. B.) **Havas verbreitet folgende offizielle Nachricht aus Lille: Auf Veranlassung des Kriegsministers, General Nollet, hat der Präsident der Republik Doumergue den vom Kriegsgericht in Lille zu einem Jahre Gefängnis verurteilten General v. Nathusius begnadigt. Der General hat das Untersuchungsgefängnis heute vormittag um 6 Uhr verlassen und ist nach Forbach abgereist.**

Saarbrücken, 26. 11. (W. T. B.) General v. Nathusius ist heute abend in Saarbrücken eingetroffen und reist morgen früh um 6.10 Uhr nach Kassel weiter.

Eingabe des Kyffhäuserbundes an den Reichskanzler.

T. U. meldet:

Zum Fall Nathusius hat der Reichs-Kriegerbund „Kyffhäuser" folgende Eingabe an den Reichskanzler gerichtet: Zeitungsnachrichten zufolge soll die Begnadigung des auf ehemals reichsländischem Boden verhafteten 68jährigen Generalmajors v. Nathusius durch den Präsidenten der französischen Republik unmittelbar bevorstehen. Die in dem Deutschen Reichskriegerbund „Kyffhäuser" vereinigten 2½ Millionen ehemaligen Angehörigen der früheren Deutschen Armee, Marine und Schutztruppen aller Dienstgrade sind der Ansicht, daß ein derartiger Gnadenakt des französischen Präsidenten durchaus nicht geeignet ist, das durch die Verurteilung des Generals nicht nur an ihm, sondern an dem ganzen deutschen Volke begangene, vom Reichspräsidenten anerkannte schwere Unrecht wieder gutzumachen. Vielmehr würde durch einen derartigen Schritt der französischen Regierung, den man nur als eine weitere Infamie bezeichnen könnte, der Verdacht des Diebstahls oder einer sonstigen strafbaren Handlung nach wie vor weiterhin auf den Schultern des alten Offiziers lasten. Wir alten Soldaten erwarten auf das bestimmteste von der Reichsregierung, daß sie alles unternimmt, um die Aufhebung des Liller Urteils nicht auf dem Gnadenwege, sondern von Rechts wegen zu erreichen.

Danzig und Polen vor dem Völkerbundsrat.

lz. **Danzig**, 26. 11. (Eigenbericht.)

Zur Vorberatung der Danzig-polnischen Streitfragen und ihrer Erledigung auf der bevorstehenden Tagung des Rates des Völkerbundes in Rom weilte der Direktor der Minoritätsabteilung des Völkerbundes, der Norweger Erik Colban, in Danzig. Es werden im ganzen 9 solche Streitfälle die Tagung des Rates beschäftigen, und zwar die für Danzig sehr wichtige Frage der polnischen Ausfuhrzölle und der Zuständigkeit des polnischen Zollgesetzes vom 31. Juli d. J. Ferner werden zur Beratung gelangen Verhandlungsgegenstände über die Verteilung des beweglichen Materials der Weichselverwaltung in Danzig, die ehemals preußischen öffentlich-rechtlichen Körperschaften, insbesondere die Frage der Umwandlung der Westpreußischen Feuersozietät in die Aktiengesellschaft in Danzig, sowie die Ratifizierung des Danzig-polnischen Vertrags vom 22. Juli 1922 über die Einführung von Tarifänderungen auf den Eisenbahnen des Danziger Gebiets, die Polizei des Danziger Hafenausschusses, sodann auch die Ausweisungen Danziger Staatsangehöriger aus Polen.

Zusammenbruch der persischen Siedlungspläne.

Die „Geropers", Gesellschaft zur Rohstoff-Förderung in Persien (Hauptmann a. D. Schmude), Berlin W. 35, Potsdamer Str. 123, von der wiederholt in der Tagespresse die Rede war, hat ihre Siedlungspläne in Persien als aussichtslos aufgegeben. Der nach Teheran gereiste Geschäftsführer kehrt nach Deutschland zurück, ebenso die Siedler, soweit sie die Mittel dazu besitzen.

Amerikanischer Funkdienst.

New York. Devisen- u. Geldmarkt.

Devisenkurse von 3 Uhr nachmittags

	26. 11	25. 11
Tägl. Geld	2½ %	2¼ %
Berlin	23,80–23,82	23,80–23,82
„ bez	kein Umsatz	kein Umsatz
höchster	95⅛ *)	95¼ *)
niedrigst	95⅛ *)	95 *)
London		
Kabel Tr.	4,6350	4,6287
Lond. 60 T	4,6038	4,5975
Paris	5,28	5,26

	26. 11.	25. 11
Brüssel	4,84½	4,83½
Amsterd.	40,26	40,20
Zürich	19,30	19,30
Kopenh.	17,48	17,53
Prag	3,00½	3,01
Rom	4,33½	4,33
Madrid	13,68	13,67
Silber, ausl.	69⅝	69¼

*) Wiederherstell.-Anl.

New York, Produktenmarkt.

	26. 11	25. 11
Kaffee Santos	26	25¼
„ Rio i.	21⅞	20⅞
Dezbr	19,25	18,75
März	18,25	17,75
Mai	17,55	17,00
Juli	17,05	16,60
Sept.	16,40	16,05
Baumwolle	24,25	24,25
Dez.	23,79	23,76
Jan.	23,93	23,93
März	24,27	24,25
April	24,40	24,37
Zufuhr	61 000	99 000
Kupfer elekt.	14	13⅞-14
Zinn	54,50	55,40
Blei	8,82	8,82
Zink	6,92	6,85
Eisen	22,25	22,25

	26. 11	25. 11.
Weissblech.	5,20	5,20
Bessemer Stahl	35,75	35,75
Schmalz	15,32½	15,40
Talg	10⅞	10⅞
Bw. Saatöl l.	10,80	11,00
„ Dez.	10,86	10,77
Petroleum Cas.	16,90	16,90
Tanks	6,50	6,50
Stand wh	13,50	13,50
Pennsylv Rohö	2,85	2,85
Zucker Dez.	4,12	4,16
„ Jan.	3,42	3,49
„ März	3,06	3,14
Kautsch. crepe	34⅞	34¼
„ sheet	34⅞	34½
Terpentin	84,00	85,00
„ Sav.	78,50	78,50
Baumw. N. Orl.	24,10	24,10

	26 11.	25. 11.
Weizen, rot	174¼	173
Hartw.	171	169¼
Mais	128½	128¼

	26 11.	25. 11.
Mehl, sp.	7,00-7,50	7,00-7,50
Getrfr. Engl	3 sh 3 d	3 sh 3 d
Kontinent	13 cts	13 cts

Chicago, Produktenmarkt.

	26. 11	25. 11
Weizen Dez.	154⅞	152⅞
„ Mai	162½	160⅞
Mais Dez.	112⅞	112¼
„ Mai	119⅞	118¾
Hafer Dez.	52¼	52¼
„ Mai	58⅞	58¼
Roggen Dez.	133¼	133⅛
„ Mai	138⅞	137⅛
Schmalz Nov.	14,45	14,40

	26. 11.	25. 11
Schmalz, Jan.	14,45	14,35
Rippen Jan.	12,90	13,00
Speck	13,00	13,25
Leichte Schwein. niedr.	7,00	6,75
Leichte Schwein. höchs	8,90	8,60
Schwere Schwein niedr	9,20	8,90
Schwere Schwein höchs	9,50	9,30
Zufuhr Chicago	33 000	61 000
Zufuhr Westen	152 000	177 000

Systemwechsel in der Türkei?

Die Tagung der großen Nationalversammlung in Angora brachte in diesem Herbst eine besonders heftige Kritik der Regierungsmaßnahmen. Aus der türkischen Volkspartei, den Allergetreuesten um Mustafa Kemal, schied eine Reihe Abgeordneter mit Namen von Klang und Einfluß aus und bildete eine neue republikanische Partei. Der bisherige Ministerpräsident, Ismet Pascha, erkrankte an der leider ortsüblich gewordenen Malaria, und nicht nur er, sondern sein gesamtes Ministerium trat zurück; sein Nachfolger wird der bisherige Innenminister Ali Fethy Bey, uns Deutschen wohlbekannt, seit er in kritischen Zeiten die türkisch-deutschen Interessen in Sofia mit Erfolg und Geschick vertrat. Mustafa Kemal selber, vor kurzem erst nach lange während dem Aufenthalt im Sanatorium von schwerer Krankheit genesen, rüstet mit seiner jungen Gattin zu einer Staatsvisite in Paris und einem anschließenden monatelangen Aufenthalt an der Riviera.

Wenn diese Ereignisse — besonders in ihrer letzten Zuspitzung — auch überschattet wurden durch die ungleich dramatischere Papierkanonade um den Sudan und die humorvolle Rolle, die dem Völkerbund — dem kaum fünfjährigen Greise am Genfer See — bei diesem Konflikt wieder einmal zugedacht ist, so erheischen sie dennoch unsere Aufmerksamkeit in mindestens eben so hohem Grade. Denn auch heute noch ist die Türkei „die" mohammedanische Vormacht trotz allem Geschehenen! Englischer Intrige und Habsucht ist es nicht gelungen, ein eindrucksvolleres Gebilde an ihre Stelle zu setzen trotz redlicher Bemühungen und trotz des rollenden Pfundes — das sei Downingstreet gerne bescheinigt. „König" Hussein war eine Puppe, und das „Königstum" Fuads ist kaum fester gefügt. Vor allem aber steht die Türkei nicht nur unserem Verstande, sondern mehr noch vielleicht unserem Gefühl nahe; die Narben, die uns, wie die Türken, nach manchem Seite an Seite gefochtenen Strauß zieren, sind auch heute noch nicht vernarbt. So ist die Türkei, ist Vorderasien immer wieder für Handel und Wirtschaft Gegenstand besonderer Hoffnungen, aber auch besonderer Sorgen gewesen. Mit Bewunderung sahen wir die Türkei der Fesseln sich entledigen, die die Entente unzerreißbar um sie geschmiedet zu haben schien. Mit Staunen bemerkten wir, wie — so ganz anders als bei uns — nach dem Kriege Regierung und Volk gleichermaßen mit ungeheurem Schwung die Aufgaben zu meistern suchten, die ihnen der siegreiche Krieg und der ebenso siegreiche Friede von Lausanne stellten. Mit Sorge aber fragten wir uns oft: wird die Türkei, die den Krieg im wahrsten Sinne des Wortes bis zum Weißbluten geführt hatte, wird sie in der Lage sein, der ungeheuren Aufgaben gerecht zu werden, die ihr die Geschichte stellte? Die Türkei liegt ja heute nicht mehr irgendwo in Hochanatolien, sondern am weitesten nach vorne, am nächsten dem politischen Getriebe westeuropäischer Kleinstaaterei, ihren Wirtschaftsverflechtungen, ihrem Neide. Sie liegt auf dem Wege nach Indien, von London gesehen, versperrt Moskau den Zugang zum warmen Wasser, ist das Schlußstück mitteleuropäischer Wirtschaft. War die Aufgabe überhaupt lösbar? Mit Sorge stellten wir fest, wie manche Maßnahme der neuen Regierung allzu sehr nach Russisch-Leder roch, wie der Außenhandel beschränkt, wie Betätigung fremden Kapitals über Gebühr erschwert wurde, wie sich ein Chauvinismus breitmachte, der auch an der Seine nicht übertroffen wurde.

Die Stellung unseres Blattes in türkischen Fragen ist oft mißdeutet worden. Wenn wir unserem Erstaunen Ausdruck gaben über die Trennung von Staat und Kirche in der Form, wie sie sich in der jungen Türkei vollzog, so enthielten unsere Ausführungen kein moralisches Urteil; wir wiesen nur hin auf die ungeheure Wandlung, die sich vor unser aller Augen abspielte. Gewiß ist es möglich, daß die hochstehende Intelligenz eines Landes, daß die regierenden Kreise, daß die Führerschaft des Volkes solche Umstellungen und Entwicklungen an sich selber vollzieht. Etwas anderes aber ist es, die neue Lage dem Bewußtsein der Menge einzuimpfen. Diese Schwierigkeit hat sich noch bei jeder Staatsumwälzung gezeigt, in Westeuropa nicht minder als im Orient. Heute sehen wir auch Rußland in ähnlichen Verstrickungen. Es fragt sich, ob die Weltgeschichte überhaupt, ob sie gar im Orient ein solches Tempo verträgt. Freilich sind die Dinge in der Türkei mit der Lage der russischen Räterepublik aus vielen Gründen nicht vergleichbar. Hier auch heute noch ein Völkergemisch, wo es selbst einer skrupellosen Zentralregierung schwer fällt, das Phantom des idealen Selbstbestimmungsrechts der Völker mit der Geographie zu vereinen, dort ein geschlossener, heute auch ethnographisch einheitlicher Volksstamm; hier ein Hundertmillionen-Volk mit immerhin erheblichen Trümmern alter westeuropäischer Kultur, mit Industrie und Eisenbahnen, mit geschultem Beamtenstabe und keineswegs ganz bedürfnisloser Arbeiterschaft, dort auf einem Gebiet, das anderthalbmal so groß ist wie das heutige Deutschland, eine Bevölkerung, die ziffernmäßig die einer modernen Großstadt kaum übersteigt und froh sein muß, in den allereinfachsten Verhältnissen ihr Leben fristen zu können. Gerade diese Primitivität der Lebenshaltung aber bedingt auch eine gewisse Schwerfälligkeit und Bodenständigkeit der Lebensauffassung, eine stark „konservative" Gesinnung, insoweit sie überhaupt das Niveau politischer Apathie übersteigt.

So war es schon lange kein Geheimnis mehr, daß sich gegen die Regierung Mustafa Kemals bald hier bald dort im Lande Widerspruch regte. Der latenten Bruderfehde zwischen Konstantinopel und Angora, die im Frühjahr scharfe Formen annahm, wurde zwar in dem Hochverratsprozeß gegen Hüssein Djahid noch einmal durch ein konniventes Gerichtsurteil ein Ende gemacht, das auch von Angora ohne Murren akzeptiert wurde. Ob dieser Ausgang wirklich restlos dem Wunsch der Zentralleitung entsprach? Die Tatsache bleibt, daß die Opposition gegen die Regierung und ihre wirt-